

Für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik - Gute Arbeit für alle!

Die stark gestiegenen Zahlen geflüchteter Menschen haben die politische Diskussion gleich auf mehreren Ebenen in Bewegung gebracht. Neben der Frage der Unterbringung ist die Ebene "Arbeit" plötzlich von Interesse. Staatliche Stellen, die Agenturen für Arbeit, aber auch viele ehrenamtliche Unterstützer, viele Unternehmer und auch Betriebsräte engagieren sich und diskutieren. Dabei werden häufig sehr unterschiedliche Fragestellungen miteinander vermischt - was nicht zum Besten der Betroffenen ist.

Manche Äußerung von Arbeitgebern liest sich, als sei mit den hohen Flüchtlingszahlen eine unverhoffte Quelle an Qualifikation entdeckt - Flüchtlinge als Lösung für die Fachkräftelücke. Natürlich ist es in Ordnung, bislang nicht zu besetzende Stellen mit ausgebildeten Ärzten, Ingenieuren, Handwerkern zu besetzen. "Flüchtling ist kein Beruf" heißt die sehr treffende Schlagzeile einer Berliner Kampagne, die sich für Integration Geflüchteter in Ausbildung engagiert. Aber wenn aus Integration Geflüchteter in Arbeit und Ausbildung tatsächlich ein Gewinn für alle werden soll, dann müssen die Bedingungen stimmen.

Die Gewerkschaften setzen sich schon lange dafür ein, den Zugang zum Arbeitsmarkt auch für Geflüchtete zu öffnen. Wir wissen, dass Integration am besten über "Arbeit" gelingt.

Die derzeitige Debatte zur Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt dreht sich fast ausschließlich um die "fachkräftepolitische Seite": Vermittlung in einen Job sowie die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen. Maßnahmen und Projekte, die in diesem Bereich finanziert werden, konzentrieren sich ebenfalls nur auf diese beiden Themen (siehe "BleibNet" und "IQ-Netzwerk"). Die Sicherung „Guter Arbeit“ und die Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt in Gänze werden angesichts des aktuellen Problemdrucks kaum diskutiert. Dies in einer Zeit, in der wir Stück für Stück dabei sind, die gewaltigen Verwerfungen am Arbeitsmarkt in Ordnung zu bringen - Mindestlohn, Regulierung von Leiharbeit, Werkverträgen, Stärkung des Tarifvertragssystems.

Integration von geflüchteten Menschen braucht Tempo und braucht besondere Antworten, wenn es um besondere Problemlagen geht. Das gilt insbesondere für die Grundvoraussetzungen "Sprache" und "legaler Zugang". Die Angebote für Sprachkurse müssen deutlich verbessert werden. Genehmigungen zur Arbeitsaufnahme müssen schneller erteilt werden, ein entscheidender Engpass scheint hier zu liegen. Aber genauso entschlossen wie das Lösen dieser Herausforderungen muss die

Sicherung der individuellen Rechte von Geflüchteten als Arbeitnehmer durchgesetzt werden. Sonst drohen neuer Druck auf den Arbeitsmarkt, neue Neiddebatten und natürlich unnötig schlecht entlohnte Arbeit.

Die Integration in den Arbeitsmarkt hört nicht auf, wenn die Menschen einen Job gefunden haben. Vielmehr gilt es sicherzustellen, dass dann auch ihre Arbeitsrechte gewahrt werden. Dafür ist zum einen eine systematische Präventionsarbeit erforderlich, um die Zielgruppe bereits im Vorfeld über ihre Arbeitsrechte zu informieren. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass eine Betreuung und Begleitung in Situationen, in denen die Rechte verletzt werden, gewährleistet ist. Hierfür müssen verlässlich und gut erreichbar Beratungsstrukturen aufgebaut werden, in denen geflüchtete Menschen auch zu arbeitsrechtlichen Fragen beraten werden.

Die bundesweit tätigen Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen beraten in aller Regel zu aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen. Arbeitsrechtliche Beratungsstellen für diese Zielgruppe gibt es nur in sehr geringem Umfang. Gewerkschaftlicher Rechtsschutz steht naturgemäß den Gewerkschaftsmitgliedern offen, auf den ersten Blick eine Hürde für Geflüchtete. Aus den Erfahrungen mit der EU-Entsenderichtlinie wissen wir, dass niedrigschwellige und von staatlichen Institutionen unabhängige Zugänge zu Beratung dringend notwendig sind. Gewerkschaften haben geholfen, solche Strukturen zu entwickeln und aufzubauen - sie können es auch mit Blick auf die Geflüchteten. Dies zu finanzieren ist eine notwendige öffentliche Aufgabe. Ehrenamtliche Angebote wie die im Berliner Gewerkschaftshaus Beratungsstelle AK undok, die Arbeitnehmer*innen unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel und ihrer Arbeitserlaubnis in arbeitsrechtlichen Fragen berät, können nur ein ergänzendes Angebot darstellen.

Bestehende Beratungsangebote sollten aus der Projekt- in eine Regelfinanzierung überführt werden, das muss zwischen Bund, Ländern und Bundesagentur für Arbeit geklärt werden. Beispiel Brandenburg: hier ist seit Oktober 2012 das Projekt "Bündnis gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung" aktiv. Die im Rahmen des Projektes tätige Beratungsstelle ist die einzige im gesamten Bundesland, in der Migrant*innen, die in Brandenburg leben oder arbeiten, zu arbeitsrechtlichen Fragen beraten werden. Neben der direkten Beratung führt das Projekt auch regelmäßige arbeitsrechtliche Informationsveranstaltungen in Deutschkursen für Geflüchtete bzw. in Integrationskursen durch. Die Erkenntnisse hieraus zeigen deutlich, dass geflüchtete Menschen insbesondere aufgrund ihres Aufenthaltsstatus eine sehr verletzbare Gruppe auf dem Arbeitsmarkt darstellen. Dazu kommt, dass sie nur sehr selten wissen, welche Rechte ihnen eigentlich zustehen und wo sie Unterstützung bei der Durchsetzung derselben erhalten können. Wie die Kursteilnehmer*innen immer wieder berichten, wird diese Situation von Seiten der Arbeitgeber*innen oftmals ausgenutzt. Es kommt zu Vorenthalten von Löhnen, massiven Überstunden, fehlendem Arbeitsschutz bis hin zu Einschüchterungen und Gewaltandrohungen. Das Projekt läuft Ende September 2015 aus. Wie es danach weitergeht, ist noch offen.

Die Integration Geflüchteter in Arbeit und Ausbildung ist keine Sonderthematik, die nächstes Jahr von einer nächsten Herausforderung abgelöst wird. Diese Aufgabe wird bleiben, die Zahl der

weltweiten Krisenherde nimmt ja nicht ab. Heute, bei guter Konjunktur und unter dem Eindruck der Flüchtlingswellen stehen Solidarität, Empathie und auch die Freude über neue Fachkräfte oder Kollegen im Vordergrund. Gewöhnung, Angst vor Arbeitslosigkeit bei schlechterer Wirtschaftslage und schlechte persönliche Erfahrungen können die Stimmung aber schnell zum Kippen bringen. Der jetzt gegebene positive Schwung sollte deshalb dringend genutzt werden, nachhaltige Strukturen für Gute Arbeit aufzubauen.

Autor:

Christian Hoßbach ist stellvertretender Vorsitzender des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg.

Kontakt: Christian.Hossbach@dgb.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de